

**Rede  
von**

**Dirk Adomat, MdL**

zu TOP Nr. 17

Abschließende Beratung

**Niedersachsen und Europa zusammen denken - für  
eine Politik mit europäischem Weitblick!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3645

während der Plenarsitzung vom 16.12.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir werden diesen Antrag ablehnen. Ich habe viel Verständnis für Anträge, die vor Wahlen gestellt werden. Er wurde auch gut eingebracht; denn er hatte ja auch die Motivation, viele Menschen dazu zu bewegen, an einer demokratischen Wahl teilzunehmen.

Das ist das eine.

Aber wenn man sich den Antrag genauer anschaut, dann wird deutlich, dass er ein buntes Sammelsurium vieler gewiss gut gemeinter Dinge darstellt. Das kann man sicherlich politisch thematisieren, aber ob sie hier im Landtag richtig angesiedelt sind, wage ich zu bezweifeln; denn es werden auch andere Ebenen angesprochen.

Sie formulieren, dass Menschen, die aus anderen europäischen Ländern zu uns kommen, bei uns menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden sollen. Aber zu 99,9 Prozent ist das doch der Fall! Wir haben hier in Niedersachsen gute und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Machen Sie dieses Land doch nicht schlecht! Es ist hier alles gut.

Und wenn etwas auffällt - wie vielleicht die Schlachthöfe; das hätte ja gemeint sein können -, dann hätten Sie das ja reinschreiben können. Aber dafür ist im Wesentlichen nicht das Land Niedersachsen zuständig, sondern die Steuerbehörde und das Zollamt mit seiner Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Das wurde Ihnen in der Unterrichtung, glaube ich, doch auch ganz gut erklärt und erläutert.

Darüber hinaus fördert diese Landesregierung eine ganze Menge an wirklich guten Dingen. Damit Sprach- und Rechtskenntnisse hier gut angewandt werden können, fördert das Land „Arbeit und Leben“ und unterstützt diese Arbeitnehmer.

Das Klimaschutzgesetz ist gerade im Werden. Im Januar haben wir die Verbandsanhörung. Es geht jetzt doch ziemlich zügig voran.

Auch bei Kunst und Kultur sind wir dabei. Insbesondere mit den Niederlanden, unserem direkten Nachbarland, erfolgt da ein reger Austausch.

Die landeseigenen Programme zur Flüchtlingsaufnahme sind auch gegeben. Seit 2013 gibt es ein Programm zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge. Seit 2015 werden Frauen und Kinder aus dem Nordirak aufgenommen. Dieses Land ist natürlich grundsätzlich bereit, aus Seenot Geretteten hier Zuflucht zu gewähren. Auch werden Asylsuchende, die derzeit in Griechenland und Italien sind, über den

Verteilschlüssel aufgenommen. Bis zur Unterrichtung wurden fast 1.100 Personen hier in Niedersachsen aufgenommen.

Zur Steuertransparenz: Sie haben eben immer auf Olaf Scholz verwiesen. Das ist auch derjenige, der dafür zuständig ist - und nicht dieser Landtag.

Von daher ist der Antrag abzulehnen.

Vielen Dank.